

28.02.2018

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen

I. Ausgangslage

Die digitale Transformation ist der größte und tiefgreifendste Veränderungshorizont seit der Industrialisierung. Die Digitalisierung umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche und wird die Grundlagen des Wirtschaftens und Arbeitens, der Information und Kommunikation sowie der Mobilität und Urbanität in Wandel stellen. Schon heute ist absehbar: Die Digitalisierung ändert alles. Diese Intensivität der Veränderung führt mitunter zu einer Betrachtung im öffentlichen Diskurs, die der Digitalisierung etwas Schicksalhafteres zuschreibt. Tatsächlich aber ist die Digitalisierung im besten Sinne „menschengemacht“ – sie ist Ausdruck der großen technischen Schaffenskraft und Fortschrittsorientierung der modernen Gesellschaft. Die digitale Transformation ist keine Bewältigungs-, sondern eine Gestaltungsaufgabe. Die Potentiale dieser Entwicklung sind heute zwar sicher nicht noch nicht abschließend, aber doch sehr umfassend zu erkennen. Sie ermöglichen es den Menschen, ihr Leben einfacher, sicherer und den individuellen Neigungen gemäß zu gestalten. Die Grundlagen hierzu werden heute gelegt und verlangen eine optimistische und gestaltungsfreudige Haltung: Die Gestaltung der Digitalisierung muss sich an ihren Chancen orientieren.

Selbstverständlich stellt die Digitalisierung große Herausforderungen an den Einzelnen und an Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Ein umfassender Transformationsprozess birgt naturgemäß auch Risiken. Es ist daher verständlich, dass die Digitalisierung auch mit Sorgen und Ängsten verbunden wird. Wo Bekanntes in Frage gestellt wird, entsteht Raum für Unsicherheit, der mit den richtigen Antworten gefüllt werden muss. Entscheidend ist, dass die Risiken und Sorgen erkannt und ernst genommen werden. Nur wenn das geschieht, können die richtigen Antworten auf zentrale Fragen gefunden werden. Dies gelingt am besten auf der Grundlage von umfassenden Informationen, einer ebenso konstruktiven wie kritischen Analyse und einer offenen Debatte. Es ist vor allem Aufgabe der Politik, diese Debatte anzustoßen, sie mit allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren sowie der Öffentlichkeit zu führen und dabei eine optimistische und gestaltende Perspektive zu vertreten.

Datum des Originals: 27.02.2018/Ausgegeben: 01.03.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Digitalisierung als Megatrend und Metathema ist zwingend politikfeldübergreifend. Gemäß der Erwartung, dass sie alles verändert, müssen auch alle politischen Regelungsbereiche und alle gesellschaftlichen Sektoren mitgedacht, analysiert und vorbereitet werden. Von E-Health im Gesundheitsbereich über Virtual Reality im Medienbereich und im Fertigungssektor bis hin zu Cybercrime im Sicherheitsbereich – die Digitalisierung bewirkt überall dynamische Veränderungsprozesse. Exemplarisch sollen hier einige Veränderungsprozesse für die Bereiche Digitale Verwaltung und Datensicherheit, Arbeit und Wirtschaft, schulische Bildung, Energie, Stadtentwicklung und Mobilität sowie Recht beschrieben werden, an die sich die Frage nach der zukünftigen Entwicklung anschließt. Dabei müssen in allen Bereichen die rechtlichen Rahmenbedingungen und ethischen Maßstäbe stets mitdiskutiert und weiterentwickelt werden. Der Spannungsbogen zwischen dem Schutz der Nutzerdaten sowie Datenerhebung und -auswertung als Grundlage neuer Formen der Wertschöpfung wird uns in Zukunft beschäftigen. Diese Fragen sollen zum Gegenstand eines Dialogs und einer offenen Debatte gemacht werden.

Digitale Verwaltung und Datensicherheit

Was digitalisiert werden kann, muss digitalisiert werden. Im Bereich der Öffentlichen Verwaltung sollte dieses Prinzip das Leitbild sein. Die Zeiten von umständlichen Behördenkontakten, mehrfacher Datenbereitstellung und parallelem Datentransfer sowie langen Informationswegen können damit der Vergangenheit überantwortet werden. Effizienzgewinne durch digitalisierte Prozesse innerhalb der Verwaltung sind für eine stärkere Serviceorientierung nutzbar zu machen. Politik und Verwaltung müssen im Transformationsprozess vorangehen, wenn sie glaubwürdig und beispielgebend bei Wirtschaft und Gesellschaft für Modernisierungsschübe eintreten wollen. Dabei kommt unter anderem auch den Digitalen Modellkommunen eine wichtige Vorreiterrolle zu.

Dass in einer Befragung des Beratungsunternehmens PwC¹ über 90 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger angeben, Verwaltungsvorgänge online erledigen zu wollen, kann nicht überraschen. 91 Prozent befürworten ein digitales Bürgerkonto als zentrale Schnittstelle für verschiedene Verwaltungsschritte. 96 Prozent wünschen sich ein digitales Bürgerkonto als zentrale Speicherplattform für Dokumente. Das zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits „digital denken“, um die Möglichkeiten vereinfachter Verwaltungsprozesse wissen und die Umsetzung einfordern.

Im Zuge der Digitalisierungsoffensive der Verwaltung muss diese auch beim Thema Datensicherheit vorangehen. Zentrale Datenspeicher stellen letztlich zentrale Risiken dar, insbesondere wenn es um personenbezogene Daten der Bürgerinnen und Bürger geht, die vor unbefugtem Zugang geschützt werden müssen. In Nordrhein-Westfalen sind bereits zahlreiche Unternehmen und Hochschulen im Bereich der IT-Sicherheit tätig. Diese Arbeit gilt es zu unterstützen und durch Vernetzung mit anderen Akteuren zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund wurde jüngst eine engere Kooperation zwischen der Landesregierung und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vereinbart. Die Verwaltung von heute und morgen muss digital und transparent, kooperativ und sicher sein.

Arbeit und Wirtschaft

Wie die Arbeit von morgen aussieht, wissen wir noch nicht. Wir können aber heute darüber nachdenken, wie die Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft gestaltet werden müssen, damit sie den Weg ins digitale Zeitalter mit Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven gehen kann. Dass einige Tätigkeitsfelder durch Automatisierung

¹ „Die vernetzte Verwaltung – Digitalisierung aus der Bürgerperspektive“, Studie PricewaterhouseCoopers GmbH 2017

wegfallen werden, ist wahrscheinlich. Die deutsche IT-Branche warnte unlängst davor, dass jeder zehnte Arbeitsplatz in den kommenden fünf Jahren wegfallen könnte². Genau so plausibel ist es aber, dass neue Tätigkeitsfelder entstehen werden. Unterstützend in diese Richtung wirken unter anderem die 2016 ins Leben gerufenen DWNRW-Hubs. Sie sollen dazu beitragen, Gründungs-, Wachstums- und Beschäftigungspotentiale zu mobilisieren und sichtbar zu machen, und bieten gute Anknüpfungspunkte für Weiterentwicklungen, Innovationen sowie eine stärkere Vernetzung. Sicher ist, dass gerade gefährliche und körperlich belastende Arbeiten zukünftig von technischen Systemen erledigt werden können. Chancen bestehen auch hinsichtlich der Qualität der Arbeit: Wenn in sozialen Berufen einfache Tätigkeiten durch Technik wegfallen, kann wieder mehr Zeit für die eigentliche Arbeit mit den Menschen zur Verfügung stehen.

Im aktuellen BKK Gesundheitsreport 2017³ geben 38 Prozent der Befragten an, dass sie die Digitalisierung als Risiko für den Wegfall von Arbeitsplätzen ansehen. Gleichzeitig halten über 70 Prozent der Befragten den Wegfall des eigenen Arbeitsplatzes für sehr unwahrscheinlich oder eher unwahrscheinlich. Die deutsche Wirtschaft erfasst im Allgemeinen durchaus die Chancen der Digitalisierung, einzelne Unternehmen sehen sich jedoch von der Entwicklung auch negativ betroffen. So erkennen laut einer repräsentativen Umfrage des Branchenverbands Bitkom⁴ 86 Prozent der Unternehmen in der Digitalisierung eher Chancen für ihr Unternehmen. Gleichzeitig hält jedes vierte Unternehmen seine Existenz durch die Digitalisierung für gefährdet. 60 Prozent sehen sich bei der Digitalisierung eher als Nachzügler. Jedoch geben 62 Prozent der Unternehmen an, als Folge der Digitalisierung bereits Produkte bzw. Dienstleistungen anzupassen. In diesen Zahlen spiegelt sich die beschriebene Unsicherheit bezüglich der allgemeinen Entwicklung und ihrer konkreten Auswirkung auf den eigenen Arbeitsplatz bzw. das eigene Unternehmen wider. Während einige Beschäftigte also offenbar die allgemeine Entwicklung zwar mit Sorge sehen, schätzen sie hingegen das persönliche Beschäftigungsrisiko eher gering. Unternehmen sehen im Allgemeinen die Chancen, jedoch durchaus Risiken bezüglich ihrer konkreten Geschäftstätigkeit, die sie aber bereits mit neuer Technologie anpassen.

Es erscheint also nötig, die konkreten Auswirkungen der Digitalisierung für verschiedene Branchen abzuschätzen sowie die Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Geschäfts- und Produktionsprozesse entsprechend anzupassen. Sie stehen dabei auch in der Verantwortung, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Transformationsprozessen einzubeziehen und im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen auch in stark von Automatisierungsprozessen betroffenen Branchen tragfähige Beschäftigungsperspektiven aufzuzeigen. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten für arbeitnehmerfreundliche Rahmenbedingungen genutzt werden, etwa hinsichtlich flexibler Arbeitszeiten oder Home Office.

Die Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung von heute und morgen können es erleichtern, Familie und Beruf sowie etwa auch Pflege und Beruf besser zu vereinbaren, die Beschäftigten durch lebenslanges Lernen im digitalen Zeitalter mitzunehmen und flexiblere, an die individuellen Bedürfnisse angepasste Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Wirtschaft von heute und morgen muss die beste Infrastruktur vorfinden, bei der Entwicklung von Innovationen unterstützt und bei der Gestaltung digitaler Transformationsprozesse begleitet werden.

Schulische Bildung

² FAZ, „Digitalisierung zerstört 3,4 Millionen Stellen“, 02.02.2018

³ BKK Gesundheitsreport 2017 – „Digitale Arbeit – Digitale Gesundheit“.

⁴ „Digitalisierung der Wirtschaft“ – Ergebnisse der Umfrage Bitkom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. 2017

Die Fähigkeit der Gesellschaft, Transformationsprozesse positiv zu gestalten, ist in besonderem Maße abhängig davon, welches Wissen und welche Fähigkeiten und Fertigkeiten weitergegeben bzw. neu entwickelt werden. Die Chancen und Potentiale der Gestaltungsaufgabe, die die Digitalisierung stellt, werden daher vor allem in den Klassenzimmern genutzt und gehoben. Es gilt, die junge, bereits sehr technikaffine Generation mit dem entsprechenden Rüstzeug zu versorgen, um in der digitalisierten Gesellschaft selbstständig und mit allen Perspektiven für die persönliche und berufliche Zukunft ihr Leben gestalten zu können. Wir wollen die berechtigte Hoffnung auf sozialen Aufstieg wiederbeleben – die beste digitale Bildung wird ein entscheidender Schlüssel dafür sein.

Dieses Rüstzeug kann nur in einem Umfeld erworben werden, das auf der Höhe der Zeit ist. Kindern und Jugendlichen mit Kreide und Kopierer das Motiv und die Motivation für die digitale Zukunft zu vermitteln, wird nicht funktionieren. Die Schulen und Bildungseinrichtungen in unserem Land müssen deshalb zu Leuchttürmen der digitalen Ausstattung werden. Das ist eine riesige Herausforderung für die kommunalen und privaten Schulträger, die vom Land unterstützt werden müssen. Gleichzeitig müssen sie neugierig machen auf das, was die Digitalisierung bereits vollbracht hat und was sie zukünftig erbringen kann. Dazu gehört ein Grundverständnis des Programmierens. Wer Codes grundsätzlich versteht, wird sich ihnen nicht ausgeliefert fühlen, wird nicht abgehängt werden können in einer Berufswelt, die zunehmend „digitales Denken und Handeln“ erfordert. Neben der dringend benötigten Infrastruktur und dem Erwerb der Programmierfähigkeit muss aber auch eine pädagogische Begleitung stattfinden. In allen Unterrichtsfächern müssen das Lernen und Lehren von und mit digitalen Inhalten und Instrumenten selbstverständlich werden. Die Lehrkräfte müssen auf die neuen Gegebenheiten umfassend vorbereitet und entsprechend aus-, und fortgebildet werden. Bereits ausgebildete Lehrer sollen von einer Fortbildungsoffensive profitieren, angehende Lehrkräfte müssen bereits im Studium die Möglichkeiten des digitalen Lehrens und Lernens vermittelt bekommen. Parallel dazu müssen auch die Lehrpläne angepasst werden.

Digitale Bildung geht über technische Fähigkeiten hinaus. In einer digital vernetzten Welt müssen die jungen Menschen auch im Umgang mit ihren persönlichen Daten, im Umgang mit der digitalen Öffentlichkeit und im Umgang mit den Gefahren von Cybercrime befähigt werden. Die Vermittlung von digitalen Anwendungskompetenzen und kritischer Medienkompetenz ist daher unerlässlich. Die Bildung von heute und morgen muss von digital-kompetenten und motivierten Lehrkräften vermittelt werden, junge Menschen auf das Leben in einer sich rasant verändernden Welt vorbereiten und für alle Schülerinnen und Schüler vergleichbare Lern- und Arbeitsbedingungen schaffen.

Energie

Nordrhein-Westfalen mit seinen energieintensiven Unternehmen kommt als Zentrum der Energieversorgung eine Schlüsselrolle im Energiesystem Deutschlands zu. Wie in keiner anderen Region finden sich hier alle Formen der Energieerzeugung und -nutzung wieder. Knapp 30 Prozent des deutschen Stroms werden in unserem Land erzeugt und auch wieder verbraucht. Das „smarte“ Energiesystem der Zukunft wird daher in Nordrhein-Westfalen in besonderem Maße sein Potential entfalten können. Dabei sind die Chancen der Digitalisierung der Schlüssel zum Gelingen der Energiewende, die durch die Vernetzung aktiv vorangetrieben werden kann. Das Energiesystem der Zukunft wird digital, dezentral und intelligent sein.

Der zunehmende Stromanteil aus Erneuerbaren Energien erfordert allerdings den Umbau unseres Energiesystems, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Hierbei hilft die intelligente Vernetzung zwischen Verbrauch und Erzeugung bei der Umsetzung. „Smarte“ Netze sind dabei Bündlungsstrukturen: Digitale Lösungen steuern und vernetzen dezentrale Erzeugungsanlagen und brechen den klassischen Ein-Wege-Fluss auf. Aus Verbrauchern werden „Prosumer“, Erzeuger und Nutzer gleichzeitig. Miteinander kommunizierende

Technologien tragen zudem zu einer Reduzierung von Ausbaurkosten bei. „Smarte“ Energie nutzt die Vorteile der Sektorkopplung: Durch das intelligente Zusammenspiel von Strom, Wärme und Mobilität können Effizienzgewinne realisiert und kann vor allem die Einsparung von Treibhausgasen vorangetrieben werden.

Anwendungen der Digitalisierung sind auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen – dazu gehört auch ein stabiles, sicheres und intelligentes Stromnetz. Wenn Verbraucher dieses bequem und ohne Störungen nutzen können, trägt dies zur Durchdringung bei und ermöglicht neue Geschäftsmodelle. Im Bereich von Smart Home lassen sich große Potentiale heben, etwa durch eine „intelligente“ Heizung, die basierend auf Kalenderdaten des Nutzers die Wohnung während der Rückfahrt von der Arbeit auf die gewünschte Temperatur bringt. Auch im Verkehrsbereich sind intelligente Wege zur optimalen Auslastung von Ladesäulen für Elektroautos bzw. deren Infrastruktur ein Weg zur Effizienzsteigerung und einer erhöhten Durchdringung. **Der Energiesektor von heute und morgen muss den Bedarf zukünftig noch effizienter steuern und die Auslastung optimieren, den Energieverbrauch transparenter darstellen und Kostensenkungen für den Endverbraucher möglich machen.**

Stadtentwicklung und Mobilität

Die Kommune von morgen wird eine „Smart City“ sein. Intelligente Lösungen im Bereich der Energieversorgung, attraktive Anwendungen für den Bereich Tourismus, innovative Konzepte für den Bereich des Handels – unzählige digitale und vernetzte Angebote werden das Leben vor Ort prägen und Chancen für eine prosperierende Entwicklung bieten. Ob Klein-, Mittel- oder Großstadt, ob Metropole oder ländlicher Raum – eine „Smart City“ wird die jeweiligen Herausforderungen stemmen und ihre Attraktivität beweisen können.

Mobilität wird in Zukunft deutlich anders gedacht, strukturiert und gelebt werden. Das autonome Fahren, das bereits in der Praxis erprobt wird, wird in Verbindung mit Sharing-Angeboten bzw. neuen Angeboten des Öffentlichen Personennahverkehrs zu einer viel stärker an den Nutzern ausgerichteten, sichereren, effizienteren und umweltfreundlicheren Form der Mobilität führen. Die Digitalisierung wird alle Verkehrsträger voranbringen und zu neuen Formen der intermodalen Vernetzung führen. Für die Kommunen stellen sich dadurch auch städtebauliche Fragen, etwa wenn im Rahmen vernetzter Mobilität die Nachfrage nach Parkplätzen kleiner, die Nachfrage nach flexibleren Tanksystemen, zum Beispiel bei Elektrofahrzeugen, aber größer wird. Im gesamten Verkehrsbereich wird die Nutzung von Echtzeitdaten eine zunehmende Bedeutung haben. Daraus generierte prognostische Daten werden uns helfen, die Infrastruktur und Verkehrskonzepte der Zukunft zu erdenken. Stadtentwicklung von heute und morgen muss die Chancen der digitalen Transformation antizipieren, Infrastruktur und Verkehrssysteme entsprechend ausrichten und für städtische wie ländliche Räume gleichermaßen zukunftsfeste Entwicklungsperspektiven aufzeigen.

Rechtlicher und ethischer Rahmen

In allen zuvor beschriebenen Bereichen bilden zu klärende rechtliche Fragestellungen und ethische Maßstäbe die Klammer bei den Herausforderungen der Digitalisierung. Auch der Staat selbst steht vor großen rechtlichen Herausforderungen bei der Umsetzung und Gestaltung der digitalen Transformation. Das betrifft zum einen die Infrastruktur, vor allem die Förderung einer flächendeckenden Glasfaser-Versorgung, und die Bereitstellung digitaler Schnittstellen für die Kommunikation zwischen staatlichen Stellen und den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen sowie Verbänden. Zum anderen muss sich aber auch der Rechtsstaat mit digitalen Fragen beschäftigen, die sich heute oder zukünftig stellen. Das Medienrecht muss an die Erfordernisse jenseits gedruckter oder Ein-Kanal-Medien angepasst werden. Auch hinsichtlich der Datensicherheit ist mit den Entwicklungen der Datenspeicherung und -verbreitung Schritt zu halten. Regulierungen müssen so ausgestaltet sein, dass neue

Geschäftsmodelle ermöglicht und gleichzeitig hinreichend hohe Standards der Datensicherheit geschaffen werden. Schließlich müssen auch für neue Technologien, die bereits heute an der Schwelle zum Übergang vom Labor zum Leben stehen, Antworten, insbesondere auch in ethischer Hinsicht, gefunden werden. Das betrifft etwa den Bereich der Künstlichen Intelligenz, das autonome Fahren und die Robotik.

Viel zu oft ist die Politik gesellschaftlichen Entwicklungen hinterhergelaufen, hat nachträglich oder nur reaktiv politische Entscheidungen getroffen. Die Digitalisierung bietet angesichts des enormen Wissens und der verfügbaren belastbaren Prognosen die Chance, proaktiv mit einer intelligenten Regulierung zu gestalten, die Risiken und Gefahren minimiert und die gleichzeitig die Freiheit von Forschung und Entwicklung, des Unternehmergeistes und der gesellschaftlichen Entwicklung bewahrt.

II. Beschlussfassung

- Der Landtag bekennt sich zu einer Digitalpolitik, die sich an den Chancen der digitalen Transformation ausrichtet und dem Willen folgt, diese Chancen zu erkennen und einzulösen.
- Diese Digitalpolitik erkennt und analysiert die Herausforderungen der Digitalisierung in allen Lebensbereichen und bietet Antworten und Lösungsansätze für alle Menschen vor dem Hintergrund der laufenden rasanten und tiefgreifenden Veränderungsprozesse.
- Der Landtag hält es für erforderlich, hinsichtlich der Chancen der Digitalisierung und ihrer Herausforderungen eine Debatte anzustoßen und mit allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren sowie der Öffentlichkeit zu führen.
- Der Landtag begrüßt die Absicht der Landesregierung, aufbauend auf einer vergleichenden Ist-Analyse zentrale strategische Handlungsansätze des Landes im Rahmen einer Digitalstrategie darzustellen, und hält es für erforderlich, dabei insbesondere auch für folgende Bereiche konkrete Handlungsstrategien zu erarbeiten:
 - a. Digitale Verwaltung und Datensicherheit
 - b. Arbeit und Wirtschaft
 - c. Schulische Bildung
 - d. Energie
 - e. Stadtentwicklung und Mobilität.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Thorsten Schick
Florian Braun

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Marcel Hafke
Rainer Matheisen
Ralph Bombis

und Fraktion